



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 09.06.2008

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Förg
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Gehring
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Späh
Frau Stadträtin Vollmer

Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Garlin

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Kulturdezernent Dr. Biege
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt
Herr Bürgermeister Ogertschnig
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Simon, Hauptamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Gäste:

Herr Baren, Landschaftsarchitekt

TOP 5

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Vorstellung neuer Mitarbeiter	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Wiederbesetzung der Stelle "Leitung Rechnungsprüfungsamt"	99/2008
4.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Pfluggasse/Bachgasse"	92/2008
5.	Umgestaltung der Museum-, Waaghausstraße und Bachgasse Vorstellung des Vorentwurfs	88/2008 + 88/2008-1
6.	Änderung des Bebauungsplanes "Ergatten 1. Änderung" im vereinfachten Verfahren; Änderungsbeschluss gem. § 2 Abs. 4 BauGB	82/2008 + 82/2008-1
7.	1. Änderung des Flächennutzungsplans, Billigung und Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB Vorberatung über die Abstimmung im Gemeinsamen Ausschuss im Rahmen der Stimmführerschaft	90/2008
8.	Bekanntgaben	
8.1.	Terminsituation Freideck TG Stadthalle	105/2008
8.2.	Bekanntgaben: Heimattage Baden-Württemberg	
8.3.	Bekanntgaben: Tariftreueerklärung bei Ausschreibungen	
8.4.	Bekanntgaben: 1. Tage der Sicherheit	
9.	Verschiedenes	
9.1.	Verschiedenes: Eintrittspreise für Begleitpersonen Behinderter	
9.2.	Verschiedenes: Dollinger-Realschule	

Die Mitglieder wurden am 21.05.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 05.06.08 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Vorstellung neuer Mitarbeiter

OB Fettback stellt den soeben in nichtöffentlicher Sitzung gewählten neuen Leiter des Kulturdezernats, Dr. Jörg Riedelbauer, und den neuen Leiter des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport, Martin Morczinietz, der Öffentlichkeit vor. Er begrüßt sie herzlich im Team und beide bedanken sich für das in sie gesetzte Vertrauen.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Frau Quentin fragt, ob es möglich wäre, in Biberach ein Mitteilungsblatt einzuführen. Dort könnten Themen, die in Biberach wichtig seien, einmal wöchentlich kund getan werden und man wäre nicht auf die nicht immer ganz korrekte Berichterstattung der Schwäbischen Zeitung angewiesen.

OB Fettback lässt wissen, man habe diese Thema zweimal im Gemeinderat beraten, aber keine Mehrheit für ein Mitteilungsblatt erhalten. Ein Antrag zu diesem Thema sei noch in Arbeit. Die Mitteilungsblätter in den Ortschaften seien unumstritten.

TOP 3 Wiederbesetzung der Stelle "Leitung Rechnungsprüfungsamt"

99/2008

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 99/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 02.06.08.

OB Fettback lässt wissen, der Amtsinhaber sei zum Kämmerer in Meersburg gewählt worden, was eine Verbesserung für ihn darstelle.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stelle „Leitung Rechnungsprüfungsamt“ wird baldmöglichst öffentlich ausgeschrieben.**
- 2. Der Ausschreibungstext (s. Anlage von Drucksache Nr. 99/2008) wird gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 92/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 29.05.08.

BM Ogertschnig geht näher auf das Thema ein, zu dem nun eine lange Diskussion beendet werden sollte. Er geht auf die intensive Abwägung und die aufgrund von Vorbringen der Anwohner erfolgten Planänderungen ein. Unter anderem lässt er wissen, dass gegenüber der ersten Planfassung die Firsthöhe von 17,2 auf 15,4 m reduziert werden sollte und im Bereich Bachgasse auf 14,5 m. Der Bestand innerhalb des Quartiers gehe von 14 bis 18 m Firsthöhe aus. Dort seien auch zwei bis vier Vollgeschosse anzutreffen. Nun seien drei Vollgeschosse vorgesehen sowie ein Bereich, der zweigeschossig ausgestaltet werden sollte. Es handle sich somit um eine städtebaulich angepasste und vernünftige Lösung. Er nennt ferner die Details der städtebaulichen Veränderungen, die man nun vorschläge, wobei wesentlich der Verzicht auf die Auskragung im Erdgeschoss sei. Auch habe man den Gebäudekörper um 20 cm verschlankt und damit die Proportionen des Gebäudes der bestehenden Situation angepasst. Ferner würden die Gebäude leicht verschwenkt, was altstadttypisch sei. Man könne die gefundene Lösung insgesamt guten Gewissens zum Satzungsbeschluss empfehlen.

StR Kolesch stellt fest, man komme zum Abschluss eines langen Verfahrens, das die Bürger mehr als üblich beschäftigt habe. Der erste Informationsfluss sei nicht optimal gewesen, was die Verwaltung schnell eingesehen habe. Dann sei der Einstieg in ein offenes Verfahren erfolgt, in dem man viele Bürger mitgenommen habe. Er lobt die Verwaltung hierfür. In diesem Verfahren seien viele Anregungen vorgebracht worden, von denen einige in die Planung eingeflossen seien, wofür den Bürgern Dank gebühre. Dank gebühre auch dem Bauherrn, der investieren wolle, was an dieser Stelle nicht einfach sei. Er habe sich als sehr kooperativ erwiesen. Man habe sich ausführlich mit den vorgebrachten Argumenten beschäftigt und sei zur Meinung gekommen, dass die Verwaltung richtig abgewogen habe. Eine verdichtete Bebauung sei im Altbereich richtig und gleichzeitig würden die Belange der Bürger berücksichtigt. Er äußert die Bitte an die Verwaltung, die weiteren Bereiche in der Altstadt ebenfalls anzugehen, damit man Bebauungspläne nach aktuellem Standard erhalte. Die CDU-Fraktion werde dem Satzungsbeschluss mit großer Mehrheit zustimmen.

StR Keil gibt zu verstehen, Architektur zähle für die SPD-Fraktion wesentlich zu dem, was Kultur ausmache. Es handle sich um sichtbare Kultur und dokumentiere den Umgang mit der Erbe. Der Verwaltungsvorschlag dokumentiere eine gestalterische Zukunft, die man sich vorstellen könne, weshalb die SPD-Fraktion uneingeschränkt zustimme. Es handle sich um eine rücksichtsvolle Planung. Die Stadt gewinne durch die Errichtung von Wohnungen und Arbeitsplätzen und die Gestaltung werte die Umgebung insgesamt auf.

StR Zügel bezeichnet den Verwaltungsvorschlag als fairen Kompromiss. Er spricht von lebendiger Architektur, wenn Wohnen und Arbeiten ermöglicht und gleichzeitig ein Spagat zwischen Erneuerung und Rücksicht auf Bestehendes erfolge. Ein Unternehmen, das sich wirtschaftlich darstellen sollte, bedeute einen Eingriff in die Altstadt. Die große Mehrheit der Freien Wähler sei überzeugt, dass die Veränderungen allen zumutbar seien.

StR Weber signalisiert die Zustimmung der Grünen zur Planung. Ein langer Weg finde ein glückliches Ende. Er dankt der Verwaltung für die Art der Umsetzung.

StR Braig bemerkt, am Anfang des Verfahrens sei keine Transparenz vorhanden und das Verfahren sei holprig gewesen, was durch die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplans hätte gleich vermieden werden können. Die FDP wünsche sich auch für das restliche Gebiet qualifizierte Bebauungspläne. Dann seien Investoren in der Lage zu sagen, wie viel sie für ein Grundstück bezahlen wollten. Er stimme dem Beschlussantrag zu.

StRin Vollmer kündigt ihre Ablehnung an und verweist auf die Erläuterungen in der Sitzung vom 10.03.08. Ihres Erachtens würde ein Präzedenzfall geschaffen. Es sei gut, dass die Verwaltung auf die Bürger eingegangen sei, dennoch sei für sie der Langbau undenkbar, da es derartiges in der gesamten Altstadt nicht gebe. Sie verweist auf Dinkelsbühls Altstadt mit Vorbildfunktion.

StR Funk lässt wissen, den Billigungsbeschluss habe er noch zugestimmt. Ihn ärgere, dass in der Schwäbischen Zeitung ein Bild veröffentlicht worden sei, auf dem sämtliche Häuser giebelständig seien, wofür er sich immer eingesetzt habe. Er bemängelt fehlende Transparenz zum Gemeinderat und zur Öffentlichkeit und kündigt an, sich nur zu enthalten, um das Vorhaben eines Investors nicht zu verhindern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Nein-Stimme (StRin Vollmer), 2 Enthaltungen (StRe Funk, Pfender) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 92/2008 festgehaltenen Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen der Anwohner werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern gem. § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitzuteilen.**
- 2. Der Bebauungsplan „Pfluggasse/Bachgasse“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 888/11 vom 18.02.2008, Index 1 im Maßstab 1 : 200 wird nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 3. Die örtlichen Bauvorschriften i. d. F. vom 18.02.2008, Index 1 werden nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1** und **2** beigefügten Drucksachen Nrn. 88/2008 und 88/2008-1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 29.05.08.

BM Ogertschnig führt aus, der Mangel an Freiflächen sei allen bekannt und dies sei auch Grund für die Ausweisung des Sanierungsgebiets Östliche Innenstadt gewesen. Dies habe einen Impuls gegeben. Die in der Vorlagen dargestellten Alternativen würden zur weiteren Diskussion vorgeschlagen und beide erreichten eine Qualitätssteigerung des städtischen Raums durch verschiedene Maßnahmen, unter anderem die Herausarbeitung der Wasserflächen. Am 11.06. beginne die Bürgeranhörung, damit noch vor der Sommerpause über deren Ergebnis berichtet werden könne. In der Vorberatung sei unter anderem die Stellplatzfrage diskutiert worden. In die Bilanz habe man Behindertenstellplätze nicht eingerechnet. Als weiteres wichtiges Element zur Steigerung des Wohnwertes nennt er die Begrünung in den Straßenräumen.

Anschließend stellt Herr Baron vom gleichnamigen Landschaftsarchitekturbüro kurz das Verfahren und die Aufteilung in zwei Bauabschnitte vor.

StR Kolesch zeigt sich namens der CDU-Fraktion froh, dass eine Aufwertung der Straßen rund um das Museum erfolgen solle. Da die An siedlung von Dienstleistungsunternehmen wichtig sei, müsse man auch ausreichend Stellplätze in der Nähe vorsehen, was beide Varianten berücksichtigten. Gleichzeitig gelinge eine deutliche gestalterische Aufwertung. Er stellt einen Paradigmenwechsel der Verwaltung zur Einstellung von Bäumen fest, die man sich in manchen Bereichen der Stadt vorstellen könne, wobei Augenmaß erforderlich sei. Der anstehende Bereich sei hierfür prädestiniert. Seine Bedenken meldet er bezüglich des Zeitplanes an, wonach noch vor der Sommerpause eine Entscheidung geplant sei. Man sei bereit auf eine Vorberatung im Bauausschuss zu verzichten, dann müsse die Vorlage aber spätestens am 04.07.08 vorliegen und dürfe keine Besonderheiten aufweisen. Die Begehbarkeit des Pflasterbelags müsse beachtet werden. Er schlägt vor, für Pkw und Fußgänger die gleichen Steine zu verwenden und sie nur unterschiedlich zu verlegen. Ferner regt er an, wo möglich in den Fußgängerbereichen großflächige Beläge aufgrund der besseren Begehbarkeit vorzusehen. Bestes Beispiel sei der Aufgang der Stadthalle. Im Bauausschuss sei Konsens gewesen, dass sich beide Entwürfe nur im Hafenplatz unterschieden.

Er stellt klar, dass man nicht auf zwei Stellplätze hinter dem Museum verzichten wolle und eine Schrägaufstellung in beiden Entwürfen vorzusehen sei. Er bittet, den Entwurf entsprechend nachzuarbeiten. Ferner kritisiert er, dass der Beschlussantrag nicht die Aufhebung des Sperrvermerks vorsehe. Man müsse den Haushaltsvollzug peinlich genau beachten und die Aufhebung des Sperrvermerks nachholen, damit die ausgegebenen Mittel wenigstens nachträglich richtig bewirtschaftet werden könnten. Insgesamt sei man über die Planung erfreut.

BM Ogertschnig stellt klar, die Ordnung der Parkierung könne man entsprechend ändern und bereits in der geänderten Version der Bürgerschaft vorlegen. Bezüglich der Aufhebung des Sperrvermerks habe man gedacht, dass dieser zum Realisierungsbeschluss ausreichen würde. Die Beläge seien als Muster im Museumsinnenhof ausgelegt.

StR Keil dankt dem Baudezernat, dass ein langer Wunsch der SPD-Fraktion erfüllt werde, die historische Stadtsituation aufzuwerten. Sicherheit sei für Fußgänger jeden Alters wichtig. Die aktuel-

le Situation am Hafenmarkt bedeute jedoch ein erhebliches Sicherheitsrisiko für alle, auch für Pkw-Fahrer. Er meint, mit der Umgestaltung gelinge eventuell die Schaffung eines lebendigen Platzes. Dabei gibt er die sehr vitale Fußgängerbeziehung in diesem Bereich zu bedenken, weshalb ein großes Augenmerk auf die Fußgänger gerichtet werden müsse, die flanieren wollten. Pkw müssten dort weiter zurückgedrängt werden. Für die dortigen Dienstleistungsunternehmen seien auf der nördlichen Seite zwei oder drei Stellplätze in Ordnung. Mehr sei nicht erforderlich, da in 2 ½ Minuten Entfernung die Tiefgarage sei, sich die Stellplatzfrage also undramatisch darstelle. Die Planung bedeute eine Attraktivitätssteigerung und auch eine Aufwertung für das Museum und die dortigen Kirchenräume. Zum Belag gibt er zu verstehen, die Betonsteine, wie sie am Ulmer Tor verlegt worden seien, hätten von der Begehrbarkeit und Helligkeit überzeugt. Aufgrund des Knicks in der Straße sei ein gerades Verlegen jedoch schwer möglich, weshalb eventuell unterschiedliche Verlegeformen bedacht werden müssten. Beim Grün mahnt er eher zur Vorsicht, da die Gebäudewände nicht beeinträchtigt werden dürften. Eine Schrägaufstellung der Stellplätze könne man sich gut vorstellen, man solle jedoch die Bürgerbefragung abwarten, die man sehr begrüße.

StR Zügel bemerkt, die Gesamtbewertung der Freien Wähler falle sehr positiv aus. Das Quartier werde gewinnen unter anderem durch die Öffnung der für Biberach typischen Bachläufe. Er bezeichnet das Lichtkonzept als wichtig und entscheidend dafür, wie attraktiv das Quartier werde. Dies sei ein deutlicher Fortschritt. Die Fahnen vor dem Spital seien Geschmacksache und von der historischen Anmutung neu. Ebenso neu seien die Baumpflanzungen, die eine Aufwertung darstellten. Bei ihrer Positionierung müsse man den Pflegebedarf und die Ansprüche der Pflanzen berücksichtigen. Er bittet auch die Anregungen der Freien Wähler zu den Stellplätzen zu berücksichtigen. Seines Erachtens sei es notwendig, sechs Plätze am Hafenplatz zu belassen. Da abends keine Kontrolle erfolge, sei es nicht realistisch, dass zwei Längsparkplätze angenommen würden. Auch habe man ältere Bewohner im Quartier, die von sozialen Diensten besucht würden, welche auch einen Stellplatz benötigten. Die Schrägaufstellung hinter dem Baudezernat sei richtig und störe ästhetisch nicht. Die Rossecke bezeichnet er als Highlight. Für die Dienstfahrzeuge von Oberbürgermeister und Erstem Bürgermeister solle man Stellplätze ausweisen, was zur Verkehrserziehung wichtig wäre. Ebenfalls als wichtig bezeichnet er die Begehrbarkeit des Belages. Er **beantragt**, schon jetzt den Sperrvermerk auf den Planungsmitteln aufzuheben. Dies sei auch ein Signal an die Bürger, dass man die Maßnahme ernst nehme. Die Freien Wähler favorisierten Variante A.

OB Fettback hat kein Problem damit, den Sperrvermerk aufzuheben.

StR Weber führt aus, Wasser und Grün brächten Leben in die Stadt und die Grünen seien sehr zufrieden mit dem Vorentwurf. Einige Stellplätze seien erforderlich. Er gibt statt einer Bachöffnung eine Wandbegrünung zu bedenken und meint, auf die Fahnen sollte verzichtet werden. Insgesamt sei Mut zu Neuem und folglich ein Hafenplatz ohne Stellplätze erforderlich. Oberbürgermeister und Erster Bürgermeister benötigten ausgewiesene Parkplätze, diese könnten aber auch in der Tiefgarage gleich neben den Frauenstellplätzen angeordnet sein. Es würde beiden gut tun, einige Meter zu laufen.

StR Braig lässt wissen, die FDP spreche sich für die Variante A aus. Er schließt sich der Argumentation StR Zügels an. In der Neuauflage der Vorlage habe man einen gehfreundlichen Belag vermisst. Betonsteine in Granit seien wegen ihrer geringen Lebensdauer nicht vorstellbar. Bei Version A sei die Stellplatzbilanz in Ordnung. Das Gefahrenpotential auf dem Hafenplatz sei seines Erachtens nicht so gegeben und die Ausweisung von Stellplätzen unproblematisch.

StR Lemli meint, eine Aufwertung von Straßen und Plätzen bedeute nicht mehr Stellplätze auszuweisen, sondern sei ein historischer Moment und die Sicherheit zu bedenken. Daher plädiere er aus Sicherheitsgründen dafür auf dem Hafenplatz, den er als Kleinod bezeichnet, keine Stellplätze auszuweisen. Diese produzierten großen Park-Such-Verkehr und gefährliche Wendemanöver. Auch die vier Plätze vor dem Geschäft Keinath in der Bachgasse bezeichnet er als problematisch. Das Be- und Entladen sei auch ohne das Ausweisen eines Stellplatzes möglich. Er habe dort schon viele gefährliche Situationen erlebt. Ingesamt werde der Sicherheitsaspekt in der Planung seines Erachtens zu wenig berücksichtigt. Einverstanden erklärt er sich mit der Schrägaufstellung der Stellplätze.

StR Funk kündigt an, der Vorlage nicht zuzustimmen. Bei der Sanierung der östlichen Innenstadt gehe es nicht nur um Plätze, sondern auch um die Sanierung von Gebäuden. Man fordere immer eine Gesamtplanung, die in diesem Fall fehle. Es sei zugesagt worden, zeitnah einen Bebauungsplan aufzustellen, dies sei aber noch nicht erfolgt. Er benötige vor einer Entscheidung über die Umgestaltung eine Entscheidung über die Zukunft der Behördenstellplätze. Seines Erachtens sollte daher ein Jahr zugewartet werden, was unschädlich wäre. Dann seien vielleicht auch die Baupreise günstiger. Er gibt zu bedenken, wie es beim Bürger ankomme, wenn man die Stellplätze vor dem Geschäft Keinath aufgeben würde und gleichzeitig der Behördenstellplatz bestehen bliebe. Seines Erachtens könnte dieses Areal bebaut werden.

OB Fettback gibt zu bedenken, dass zunächst die öffentliche Anhörung geplant sei, in deren Zuge man die gesamten Details noch intensiv beraten werde. Daher könne man heute Details offen lassen.

StR Zügel bemerkt, er verstehe die von StR Lemli geäußerten Sorgen bezüglich der Sicherheit, teile sie aber nicht. Er bittet bei der nächsten Vorlage zu diesem Thema eine Unfallstatistik anzuhängen.

StRin Brunner meint, die vorgesehenen Spots im Boden passten nicht zur Altstadt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Nein-Stimme (StR Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Das Stadtplanungsamt wird beauftragt, auf der Grundlage der Vorentwürfe A + B Gespräche mit den Anliegern und betroffenen Interessens- sowie Nutzergruppen zu führen und dem Gremium über das Ergebnis zu berichten.**
- 2. Der Sperrvermerk auf HHSt. 7.6000.943800.3 - VKZ 160 wird aufgehoben.**

TOP 6 Änderung des Bebauungsplanes "Ergatten 1. Änderung" im vereinfachten Verfahren; Änderungsbeschluss gem. § 2 Abs. 4 BauGB

**82/2008 +
82/2008-1**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 82/2008-1 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bebauungsplan „Ergatten – 1. Änderung“ wird in dem im Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 07.05.2008, Plan-Nr. 08-017 bandiert umrandeten Gebiet im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB geändert.

**TOP 7 1. Änderung des Flächennutzungsplans, Billigung und Offenlage
gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorberatung über die Abstimmung im Gemeinsamen Ausschuss im
Rahmen der Stimmführerschaft**

90/2008

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 90/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 29.05.08.

StR Kolesch spricht das Baugebiet Fohren in Mettenberg an. Von Mettenberg sei mitgeteilt worden, dass die Teilerschließung fertig sei und nur noch ein kleines Gebiet ausstehe, weshalb es auf Unverständnis gestoßen sei, warum diese kleine Abrundung nicht erfolgen solle. Hierzu benötige man eine Stellungnahme beziehungsweise Aussage, wie dieser Wunsch im weiteren Verfahren berücksichtigt werde.

BM Ogertschnig erwidert, durch die bestehende Erschließung könne beim Baugebiet im Westen eine Zeile beliebig angeschlossen werden.

Herr Kuhlmann fügt an, der Bebauungsplan Fohren sei beschlossen aber nie umsetzbar gewesen, da die Umlegung mit den Eigentümern nicht möglich gewesen sei. Die interne Gebietserschließung sei nicht möglich gewesen. Daher habe man das Umlegungsverfahren eingestellt und bislang keine anderen Signale erhalten. Die Herausnahme aus dem Flächennutzungsplan bedeute nur eine Verschiebung. Das Gebiet würde wieder in den Plan aufgenommen, wenn die Umlegung klappte und man hierzu entsprechende Signale erhalten würde.

OV Krause fügt an, Teile des Baugebiets seien bereits bebaut und einige betroffenen Landwirte könnten nicht verstehen, dass ihnen die Möglichkeit einer Baugebietaufwertung genommen werde. Die Erläuterungen von Herrn Kuhlmann seien jedoch zutreffend.

StR Keil erkundigt sich nach dem Inhalt des städtebaulichen Vertrags und mit wem er abgeschlossen werde. Aus Naturschutzgründen habe er große Bedenken zur Einbeziehung des Jordanbergs.

BM Ogertschnig erwidert, man habe über diese Fläche auf Gemarkung Ummendorf im Bauausschuss diskutiert. Es seien Gesundheitseinrichtungen vorgesehen. Die Formulierung erfolge im Flächennutzungsplan nicht so tiefgehend wie im Bebauungsplan. Man gehe davon aus, dass die Entwicklung entsprechend den vorhandenen Einrichtungen erfolge. Der städtebauliche Vertrag hänge mit dem Bebauungsplan zusammen und werde mit der Elisabethen-Stiftung abgeschlossen.

StR Weber pflichtet StR Keil bei und bezeichnet es als unverständlich, dass bei Anhörungen den Argumenten des BUND oft nicht Gehör geschenkt werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 5 Nein-Stimmen (StRe Brunner, Drews, Gehring, Späh, Weber), 5 Enthaltungen (StRe Buttschardt, Kapfer, Kübler, Dr. Nuding) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Im Gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft wird die Stadt Biberach einheitlich durch den Oberbürgermeister als Stimmführer die 1. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP), gemäß Plan Nr. 6121-3/05.08 billigen und der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zustimmen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 105/2008 zur Information vor.

OB Fettback lässt wissen, man hätte auch den Gemeinderatsbeschluss zu 25 Stellplätzen auf dem Freideck aufheben können, könne aber auch wie in der Information dargelegt vorgehen.

StR Dullenkopf zeigt sich mit der beabsichtigten Vorgehensweise nicht einverstanden. Es sei eine lapidare Feststellung, dass trotz intensiver Planung und sehr günstigen Bedingungen der Zeitplan nicht eingehalten werden könne. Er persönlich fände es richtig, den Beschluss zu den 25 Stellplätzen aufzuheben. Es stünden ohnehin Ferien an und die Plätze würden dann weniger benötigt. Dann könne man Anfang November die Baumaßnahme abschließen.

StR Funk ist dagegen, das Parkdeck ganz zu schließen. Man habe sich gut überlegt, diese 25 Stellplätze auch während der Bauphase anzubieten.

StR Kolesch meint, wenn die Aufhebung beschlossen werde, müsse auch eine termingerechte Fertigstellung erfolgen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 1 Nein-Stimme (StR Funk), 1 Enthaltung (StR Braig) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die bisher vorgehaltenen 25 Stellplätze auf dem Freideck der Tiefgarage Stadthalle entfallen ab Montag, den 16.06.2008. Das Parkdeck wird komplett gesperrt, um im Gesamten bearbeitet werden zu können. Nach kompletter Fertigstellung wird es wieder für den Verkehr freigegeben.

TOP 8.2 Bekanntgaben: Heimattage Baden-Württemberg

OB Fettback lässt wissen, man habe für die Heimattage Baden-Württemberg keinen Zuschlag erhalten, sei hierüber jedoch nicht sehr unglücklich.

TOP 8.3 Bekanntgaben: Tariftreueerklärung bei Ausschreibungen

OB Fettback lässt wissen, die bislang praktizierten Tariftreueerklärungen bei Ausschreibungen seien rechtlich nicht mehr zulässig.

Diese Ankündigung löst kollektives Bedauern aus.

TOP 8.4 Bekanntgaben: 1. Tage der Sicherheit

OB Fettback spricht den 1. Tag der Sicherheit an und dankt den Initiatoren herzlich. Der ökumenische Gottesdienst sei klasse gewesen und die Veranstaltung insgesamt eine Meisterleistung. So etwas gebe es in Baden-Württemberg nicht gleich wieder, ansatzweise werde etwas ähnliches in Reutlingen praktiziert.

Es wird applaudiert.

TOP 9.1 Verschiedenes: Eintrittspreise für Begleitpersonen Behinderter

StRin Kapfer dankt namens der SPD-Fraktion der Verwaltung, dass die Anregung aufgegriffen worden sei, Begleitpersonen von Behinderten kostenlosen Eintritt zu städtischen Veranstaltungen zu gewähren.

TOP 9.2 Verschiedenes: Dollinger-Realschule

StR Dr. Nuding fragt, wie das weitere Verfahren zur Dollinger-Realschule ablaufe.

OB Fettback lässt wissen, man habe grünes Licht vom Land, das jemanden beauftragt habe, ohne Kabinettsbeschluss die Verhandlungen zu Ende zu führen. Jetzt müssten noch verschiedene Fragen geklärt werden.

EBM Wersch fügt an, für den Mittwoch der Woche sei ein Treffen in Stuttgart terminiert.

Gemeinderat, 09.06.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig